

29/PET XXII. GP

Eingebracht am 05.05.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

MAG. KURT GASSNER
ABGEORDNETER ZUM NATIONALRAT
DER REPUBLIK ÖSTERREICH



Parlamentsfraktion

Tel. 40110/0
Fax 40130/3455
<http://spoe.parlament.gv.at>

Herrn
Präsident des Nationalrates
Univ.Prof. Dr. Andreas KHOL

im Hause

Wien, am 5. Mai 2004
pp/mb

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage überreichen wir die Petition „Zur Unterstützung der Mobilfunkpetition vom 7. Mai 2003 der WHO und der Europäischen Kommission" im Sinne des § 100 Abs. 1 Z 1 GOG mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage

Die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion
Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten zum Nationalrat,
Bundesrat und Europäischen Parlament
Austria – 1017 Wien, Parlament

**Marktgemeindeamt Schwertberg**

Polit. Bezirk Perg - Land Oberösterreich
4311 Schwertberg, Schacherbergstraße 3
Telefon 07262/61155-0 ; Fax 07262/62775
e-Mail: gemeinde@schwertberg.at

SEKRETARIAT

Bearbeiter: *Walkner Doris*
Telefon: 07262/61155-11
E-Mail: gemeinde.walkner@schwertberg.ooe.gv.at

Schwertberg, 30. April 2004

PETITION

zur Unterstützung
der Mobilfunkpetition vom 7. Mai 2003
der WHO und der Europäischen Kommission

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Schwertberg hat in seiner Sitzung vom 15. April 2004 einstimmig beschlossen die Mobilfunkpetition vom 7. Mai 2003 der WHO und der Europäischen Kommission zu unterstützen und stellt den Antrag auf Behandlung im Petitionsausschuss des Landes O.ö. und der Bundesregierung.

Die zentralen Forderungen lauten:

- 1) Unverzüglicher Start des bereits seit langem in Aussicht gestellten interministeriellen und interdisziplinären „Runden Tisches“ mit Beteiligung der Plattform Mobilfunk-Initiativen zur Erarbeitung eines Gesetzes zum Schutz vor elektromagnetischen Feldern (Anmerkung 2);
- 2) Erstellung eines auch für die Öffentlichkeit zugänglichen Immissionskatasters für Mobilfunksender (z.B. Vorbild Italien);
- 3) Industrieabhängige Überprüfung und Monitoring nach Errichtung von Anlagen (z.B. Vorbild Italien);
- 4) Interdisziplinäre Abklärung der von der Bevölkerung berichteten und mit der Errichtung von Mobilfunksendern in Zusammenhang gebrachten Störungen des Wohlbefindens und akuter gesundheitlicher Reaktionen und Störungen (mit Einbeziehung niederfrequenter Körperschallmessungen);
- 5) Maßnahmen bis zur Realisierung des Gesetzes zum Schutz vor nicht-ionisierender Strahlung (Anmerkung 3);
- 6) Sanierungsmaßnahmen für bereits bestehende Anlagen (Anmerkung 4);
- 7) Klärung der Haftungsfrage (Anmerkung 5);
- 8) Intensivierung der Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene um unverzüglich, basierend auf der derzeitigen wissenschaftlichen Datenlage, massive Forschungen in Richtung technischer Minimierung der Strahlenbelastung sowohl der Handybenutzer als auch der passiven Konsumenten (Gesamtbevölkerung) und der Anrainer von Mobilfunksendern einzuleiten (Anmerkung 6);

- 9) Musterverträge für Mobilfunk-Bestandsverträge mit Verpflichtung der Mobilfunkbetreiber zur Abklärung typischer Anrainerbeschwerden und Verzicht auf die einseitige 20-jährige Unkündbarkeit (Anmerkung 7);
- 10) Verpflichtende Gewerbeberechtigung (Maklerkonzession) für die Akquisiteure von Mobilfunk-Bestandsverträgen zwischen Bestandsgebern (Grundstücksbesitzer) und Bestandsnehmern (Mobilfunkbetreiber). Wir wollen an dieser Stelle ausdrücklich festhalten, dass die Unterzeichner dieser Petition nicht prinzipiell gegen mobile Kommunikation auftreten. Wir treten jedoch für eine gesundheitsverträgliche Errichtung der erforderlichen Infrastruktur unter Wahrung demokratischer Rechte und Verantwortung für die Volksgesundheit ebenso ein wie für die Klärung weiterer offener Fragen wie z. B. Arbeitnehmerschutz (Handys als Betriebsmittel, ungeklärte Fragen bei Dacharbeiten etc.) und die Intensivierung der nationalen und internationalen Forschungsbemühungen für eine Minimierung der Strahlenbelastung für die Gesamtbevölkerung, die Anrainer von Mobilfunksendern und die Handybenutzer;
- 11) Benutzung der Sendemasten durch mehrere Mobilfunkbetreiber.

Nachdem auch die Bevölkerung in der Gemeinde Schwertberg davon betroffen ist und die Betreiber der Sendeanlagen in vielen Fällen nicht einmal der mit dem Gemeindebund vereinbarten Informationspflicht nachkommen, ist ein gemeinsamer Appell an die Landes- und Bundesregierung im Sinne der Mobilfunkpetition nötig.

Für den Gemeinderat und
die Bevölkerung von Schwertberg
Der Bürgermeister



Marktgemeindeamt Schwertberg**Auszug aus: Verhandlungsschrift****Zur ordentlichen Sitzung von:**

Sitzung Nr: 6R			
Gremium: Gemeinderat der Gemeinde Schwertberg			
am:	Donnerstag, 15. April 2004	Beginn: 19:00	Ende: 22:20
Ort:	Gemeindsitzungssaal		

Teilnehmer:anwesend

Gusenbauer Marianne
 Kapplmüller Thomas
 Hinterreiter Thomas
 Schöller Ulrike
 Pichlbauer Leopold
 Kastner Thomas
 Knoll Rudolf
 Buchberger Ernst
 Fromm Karl-Heinz
 Reisinger Gerda
 Gaßner Wolfgang
 Gaßner Christoph Mag.
 König Josef
 Leithenmayr Johanna
 Brettbacher Josef Mag.
 Gaßner Kurt Mag.
 Muschitz Herbert
 Kapplmüller Karl
 Hahn Gottfried Ing.
 Buchberger Elisabeth
 Schimböck Alfred
 Mörwald Alexander
 Kern Albin Dipl.-Ing.
 Holzweber Hermann
 Astleithner Claudia
 Palmeshofer Johann
 Großauer Dietmar
 Scheuchenegger Jos. Ing.
 Medel Elisabeth
 Medinger Paul
 Tinschert Johannes

Ersatz für: Ing. Rockenschaub Ka
 Ersatz für: Dr. Teubenbacher

Ersatz für: Pössenberger Frieda

abwesend

Teubenbacher Harald Dr. entschuldigt
 Pössenberger Frieda entschuldigt
 Rockenschaub Karl Ing. entschuldigt

Leiter(in) des Gemeindeamtes: Loch

Schriftführer(in): Walkner Doris

Tagesordnung:

1 Begrüßung und Eröffnung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung. Er teilt weiters mit, dass die Verhandlungsschrift der letzten Sitzung zur Einsichtnahme aufliegt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Fa. Schöfer am 11.5.2004 den gesamten Gemeinderat zu einer Betriebsbesichtigung einlädt. Jede Fraktion hat eine Originaleinladung erhalten. Weiters wird während dieser Sitzung eine Liste durchgegeben, in die die anwesenden Gemeinderäte ihre Teilnahme eintragen können. Die Fraktionen werden ersucht diesen Termin an ihre nicht anwesenden Gemeinderäte und Ersatzmitglieder weiter zu geben.

Weiters erklärt der Vorsitzende, dass die Helfer aus Kitzbühel einen Film während ihres Hilfseinsatzes anlässlich der Hochwasserkatastrophe gedreht und diesen an Herrn Vizebürgermeister Mag. Brettbacher übergeben haben. Dieser Film wird unter dem Tagesordnungspunkt "Allfälliges" gezeigt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass ihm 3 Dringlichkeitsanträge zugegangen sind.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Angelegenheit "Beratung und Entscheidung über die Aufhebung der Wasserleitungsordnung" unter Punkt 15 der heutigen Tagesordnung zu behandeln.

Der Antrag des Vorsitzenden wird durch Erheben der Hand einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende stellt weiters den Antrag, die Angelegenheit "Beratung und Entscheidung über die neuerliche Beschlussfassung der aufgehobenen Wasserleitungsordnung" unter Punkt 16 der heutigen Tagesordnung zu behandeln.

Der Antrag des Vorsitzenden wird durch Erheben der Hand einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die Angelegenheit "Beratung und Entscheidung über die Beauftragung der Neuen Heimat zur grundsätzlichen Errichtung von betreubaren Wohnungen in Schwertberg" unter Punkt 17 der heutigen Tagesordnung zu behandeln.

Der Antrag des Vorsitzenden wird durch Erheben der Hand angenommen.

Beschlussergebnis

angenommen-einstimmig

10 Neuerliche Beratung und Entscheidung über die Unterstützung der Mobilfunkpetition vom 7. Mai 2003 der WHO und der Europäischen

Kommission

Der Vorsitzende erteilt dazu Herrn Holzweber, Grüne, das Wort und dieser führt folgendes aus:

Der Umweltausschuss hat sich in seiner letzten Sitzung vom 29.3.2004 mit dieser Petition beschäftigt und schlägt dem Gemeinderat vor, die Resolution in Form einer Petition dem Petitionsausschuss des Landes und des Bundes vorzulegen.

In Folge des Mobilfunknetzausbaues hat sich die mittlere Strahlungsintensität von elektromagnetischen Feldern in Städten und Gemeinden im Vergleich zu den 80er Jahren mehr als verzehnfacht.

Nachdem auch die Schwertberger Bevölkerung davon betroffen ist und die Betreiber von Sendeanlagen in vielen Fällen nicht einmal der mit dem Gemeindebund vereinbarten Informationspflicht nachkommen, ist ein gemeinsamer Appell an die Landes- und Bundesregierung im Sinne der Mobilfunkpetition notwendig. Im Umweltausschuss wurde einstimmig beschlossen als Punkt 11 hinzuzufügen, dass die Mobilfunkbetreiber durch gesetzliche Regelungen aufgefordert werden, dass ein Sendemast von mehreren Mobilfunkbetreibern benutzt werden muss.

Herr Holzweber, Grüne, bringt die Petition zur Verlesung (die Petition bildet einen integrierenden Bestandteil dieser Verhandlungsschrift).

Herr Holzweber, Grüne, stellt den Antrag, die den Fraktionen bekannte Mobilfunkpetition der WHO und der Europäischen Kommission vom 07. Mai 2003 inklusive Zusatzpunkt 11 zu unterstützen und an den Petitionsausschuss des Landes und des Bundes weiter zu leiten.

Frau Gusenbauer, SP, meint, dass diese Petition mit NR Bgm. Mag. Gaßner an den NR-Präsidenten Kohl und durch Frau Labg. Jahn an den Petitionsausschuss des Landes weitergeleitet werden könnte.

Herr Holzweber, Grüne, findet es gut, dass sie die SP-Fraktion Gedanken macht, wer diese Petition weiterleiten könnte. Herr Holzweber, Grüne, stellte schon im Umweltausschuss fest, dass ihm dieses Anliegen sehr wichtig ist.

Für Frau Gusenbauer, SP, ist es naheliegend, dass die SP-Fraktion dem Antrag zustimmt und dass der einfachere Weg der Übermittlung an die Petitionsausschüsse des Bundes und des Landes gewählt wird.

Für Herrn Ing. Scheuchenegger, VP, ist es naheliegend, dass der anwesende Bürgermeister die Petition an den NR-Präsidenten übermittelt. Beim Petitionsausschuss des Landes O.ö. könnte dies auch durch Frau Brunner oder Herrn LH-Stv. Dipl.-Ing. Haider oder LH-Stv. Hiesl erfolgen.

Der Vorsitzende erklärt, dass das Landesrecht in diesem Fall gleich ist wie das Bundesrecht und eine Petition nicht von einem Mitglied einer Regierungspartei übergeben werden kann.

Herr Mag. Gaßner Christoph, SP, hat den Inhalt dieser Petition nicht wirklich verstanden, da sehr viele Fremdwörter enthalten sind. Einerseits möchten alle mit Handy's optimal telefonieren, andererseits wird eine, seiner Meinung nach, sehr "schwammig" formulierte Petition vorgelegt. Er wird sich jedoch der Mehrheit seiner Fraktion anschließen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Beschluss des Gemeinderates dahingehend lautet, diese Petition in die entsprechenden Petitionsausschüsse des Landes und

des Bundes weiterzuleiten und der Bürgermeister und die Verwaltung des Gemeindeamtes werden vom Gemeinderat beauftragt diesen Beschluss zu vollziehen.

Der Antrag des Herrn Holzweber, Grüne, wird durch Erheben der Hand angenommen.

Beschlussergebnis

angenommen-einstimmig

Schriftführer(in):

Walkner Doris
abgefasst am: 16.04.2004

Protokollfertiger(in):

Johanna Leithenmayr
Thomas Kapplmüller
Hermann Holzweber
Alfred Schimböck

Der Vorsitzende

Mag. Kurt Gaßner

F.d.R.d.A.